

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telefax: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Dieter Spörl MdL skizziert die Lage und die Zielsetzung der baden-württembergischen SPD ein halbes Jahr vor den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg.

Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB plädiert für die Verbreiterung der Möglichkeiten, auch ohne Abitur Zugang zu den Hochschulen zu bekommen.

Seite 3

48. Jahrgang / 193

9. Oktober 1991

Voreprung an Kompetenz

Erneuerung durch demokratischen Wechsel

Von Dieter Spörl MdL

Kandidat der baden-württembergischen SPD für das Amt des Ministerpräsidenten
Mitglied im SPD-Vorstand

Die SPD hat in Baden-Württemberg zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine realistische Chance, die CDU als Regierungspartei abzulösen.

Die CDU - seit 1972 im Besitz des Regierungsmonopols - hat sich über die Jahre hinweg abgenutzt. Die gegenwärtige Regierung Teufel steht für politische Stagnation, für Bedeutungslosigkeit im Bundesrat und für fehlende Perspektiven in den wichtigsten landespolitischen Bereichen. Und schlimmer noch: Die baden-württembergische CDU ist heute ein verbrauchtes Machtkartell, dem Phantasie und Kraft für die Lösung der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes fehlen. Sie hat stattdessen Baden-Württemberg zu einem Land der Skandale und des politischen Machtmißbrauchs gemacht und damit einen bundesweiten Vertrauensschwund ausgelöst.

Enttäuschung über eine abgenutzte Regierungspartei reicht jedoch nicht aus, um eine Wahl zu gewinnen - noch wichtiger ist, daß sich den Wählern eine echte demokratische Alternative bietet. Die SPD in Baden-Württemberg hat in den entscheidenden landespolitischen Fragen kompetente, seriöse und bessere Antworten gegeben. Im Zentrum dabei steht dabei, daß Regierungsfähigkeit und Wirtschaftskompetenz untrennbar miteinander verbunden sind.

Arbeitnehmer und Unternehmer in Baden-Württemberg erarbeiten eine enorme wirtschaftliche Wertschöpfung. Sie schaffen mit den dadurch möglichen hohen Einkommen und Steuern die öffentlichen Einnahmen für den sozialen Ausgleich und für kulturelle Leistungen. Sie müssen wissen, daß wir ihren wirtschaftlichen Erfolg nicht nur wollen, sondern auch kompetent fördern: Weil es ohne wirtschaftlichen Erfolg keinen sozialen und kulturellen Fortschritt geben kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung: Umweltschutz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Im Mittelpunkt stehen für die SPD folgende Zukunftsfragen des Landes:

- Unter erschwelter Standortkonkurrenz muß die Stellung Baden-Württembergs als attraktive Wirtschaftsregion dadurch gesichert werden, daß wir uns konsequenter auf die Rolle als Lieferant ökologisch verantwortbarer Produkte und Produktionstechnologien konzentrieren.
- Diese Chance als führender Lieferant naturverträglicher Produkte und Technologien ist nur zu realisieren, wenn Baden-Württemberg selbst eine europäische Modellregion für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft wird.
- Wirtschaftliche Stärke muß sich aber auch in der Lebensqualität ausdrücken. Dazu gehört vor allem ein ausreichendes Angebot bezahlbarer Wohnungen, und wenn das Wort Not in unserer Wohlstandsregion angebracht ist, dann gerade in diesem Bereich angesichts von über 200.000 fehlenden Wohnungen. Eine preiswerte Wohnung ist heute in Baden-Württemberg nicht nur ein Problem für junge Familien und Alleinstehende mit niedrigem Einkommen. Auch Gutverdienende finden selbst im sogenannten ländlichen Raum kaum noch eine Wohnung.
- Wir werden uns generell stärker um die Gruppen mit ihren Problemen kümmern, die aufgrund erfolgreicher sozialdemokratischer Politik den beruflichen Aufstieg geschafft haben. Dieser Arbeitnehmer-Mittelstand fällt aus allen sozialen Fördersystemen, ob Sozialwohnung, Wohngeld oder BAföG hinaus, verdient aber zu wenig, um steuerliche Förderungsmöglichkeiten auszuschöpfen.
- Die Humanität einer Gesellschaft ist immer daran zu messen, wie sie mit den Schwachen, Kranken und Pflegebedürftigen umgeht. Neben dem Konsumrausch und den touristischen Weltrekorde gibt es bedrückende Schattenseiten. Neue finanzielle Prioritäten werden wir vor allem im Pflegebereich setzen, namentlich beim Ausbau der ambulanten sozialen Dienste, beim Bau altengerechter Wohnungen und bei der Aufwertung der Pflegeberufe. Und mit der SPD als Regierungspartei wird Baden-Württemberg auch endlich die gesetzliche Pflegeversicherung als eigenständigen Zweig der gesetzlichen Krankenkassen im Bundesrat unterstützen.
- Wir werden auch die Blockade Baden-Württembergs in der Frage der notwendigen Reform des Paragraphen 218 StGB beenden. Die Haltung der Regierung Teufel in dieser Frage ist von einer klerikalen Ideologie geprägt, die die schwere Gewissensentscheidung von Frauen durch Strafandrohung im Gesetzbuch ersetzt. Nicht nur die Mehrheit aller Frauen, sondern auch der bisherigen CDU-Wählerinnen in Baden-Württemberg lehnt diesen staatlichen Eingriff mit dem Strafgesetzbuch in eine persönliche Gewissensentscheidung ab. Wer an einer Strafandrohung für Frauen im Schwangerschaftskonflikt festhält, hat immer noch nicht begriffen, daß der Gesetzgeber bei uns nicht die Rolle wie in einem Kirchenstaat haben kann.
- Eine bedrückende Ausländerfeindlichkeit wächst in diesen Tagen in allen Bundesländern; inzwischen haben sich diese widerlichen und beschämenden Exzesse auch auf Baden-Württemberg ausgebreitet. Dabei scheut sich die CDU in Bund und Land nicht, das Zuwanderungsproblem weiter zu parteipolitischen Kampagnen zu mißbrauchen und die ohnehin vorhandenen Aggressionen noch anzuheizen. So macht man sich mitschuldig und wird von einem wachsenden recht Rand übrigens nicht einmal profitieren. Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist unantastbar und kann nicht durch irgendwelche Zusätze in Artikel 16 Grundgesetz ausgehöhlt werden.

- Der Wanderungsdruck wird Baden-Württemberg als Wohlstandsregion jedoch noch mehr fordern als andere Bundesländer. Die damit zusammenhängenden Probleme dürfen nicht mehr länger einfach auf die Gemeinden abgeschoben werden. Wer unserer Gesellschaft unverantwortbare Zerreißproben ersparen will, war nicht radikalisierte Fremdenfeindlichkeit will, muß die durch das internationale Wohlstandsgefälle ausgelöste Zuwanderung nicht politisch Verfolgter und nicht Gefährdeter bei beiden Gruppen - Ausländern wie Aussiedlern - wirksam einschränken. Wir haben zur Einschränkung der Zuwanderung von Armutflüchtlingen einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der weitgehend in den Beschlüssen des SPD-Bundesvorstands berücksichtigt wurde.

Es gibt eine breite politische Grundströmung für den demokratischen Wechsel im Land. Die baden-württembergische CDU weiß das selbst am besten und kämpft daher verblissen nur noch um den Machterhalt. Sie wird dabei in einem noch nie dagewesenen Ausmaß durch die Bundes-CDU unterstützt werden. Helmut Kohl weiß mit seinem oft unterschätzten Machtinstinkt sehr genau, daß der Machtverlust der CDU in Baden-Württemberg der Anfang vom Ende seiner Regierung ist. Das sind die bundespolitischen Rahmenbedingungen, von denen wir uns aber nicht ablenken lassen dürfen: Wir werden hier unseren Wahlkampf allein auf die landespolitische Auseinandersetzung mit der CDU konzentrieren. Wir setzen auf unsere positive Kompetenz in der zentralen landespolitischen Zukunftstragen. Nur dann wird das Erneuerungsgesetz der Demokratie funktionieren, wonach verschlissene Regierungsparteien in die Opposition gehören. Nicht Fortführung skandalgeschüttelter Regierungsmonopole, sondern der dann notwendige Wechsel ist demokratische Normalität. Wir wollen und werden diesen Wechsel herbeiführen und die CDU als führende Regierungspartei in Baden-Württemberg ablösen.

(-/9. Oktober 1991/rs/fr)

Hochschulzugang ohne Abitur
Nicht an alten Privilegien festhalten

Von Eckart Kuhlwein MdB

Eine der wichtigsten Forderungen an die Bildungsreform in den 70er Jahren war die Herstellung der Chancengleichheit für alle in einer demokratischen Gesellschaft. Damals war der Blick besonders auf den primären und sekundären Bildungsbereich gerichtet, um für alle möglichst gleiche Startbedingungen in die weitere Ausbildung zu ermöglichen. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund bereits 1973 begonnene Diskussion um die Öffnung der Hochschulen für Personen ohne formale Hochschulreife wurde zunächst weitgehend ignoriert oder beiseite geschoben. Der Königsweg zum Studium blieb auch für Sozialdemokraten das Abitur.

Das hatte auch damit zu tun, daß sich die Hoffnungen auf die Institutionen des zweiten Bildungsweges richteten. Abendgymnasien und Kollegs sollten den "Aufstieg" auch denjenigen ermöglichen, die zuvor ohne Abitur eine Berufsausbildung absolviert hatten. Beide Einrichtun

gen müssen sich jedoch an den Lehrplänen, dem Fächerkanon und den Unterrichtsformen des Gymnasiums orientieren. Dementsprechend sind in den 80er Jahren auch nur etwa vier Prozent der Studienanfänger auf diesem Weg an die Hochschulen gelangt. Von einer Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge im Sinne gleicher Zugangschancen zum Hochschulstudium konnte damit keine Rede sein. Dieser Weg darf deshalb nicht länger nahezu der einzige Weg zum Studium für Berufserfahrene ohne klassische Hochschulqualifikation sein.

Die Forderung nach Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist aber nicht nur durch die moralische Maxime der Chancengleichheit geboten. Sie stellt auch eine der notwendigen Konsequenzen dar, die sich aus den sich wandelnden gesellschaftlichen Erfordernissen ergeben werden. Vor dem Hintergrund einer immer schnelleren technischen und ökonomischen Entwicklung und des immer wichtiger werdenden "neuen Wissens" über ökologische Zusammenhänge veraltet das vom einzelnen Erlernte immer schneller. Um mit der Entwicklung Schritt zu halten, werden sich die klassischen Lebensläufe wie Ausbildung - Beruf - Rente verändern müssen.

Die Menschen stehen damit immer mehr vor dem Zwang, sich möglichst ein Leben lang neues Wissen anzueignen, neue Erfahrungen zu machen und sich auf neue Situationen innerhalb und außerhalb der Berufsarbeit einzustellen. Dies erfordert ein lebensbegleitendes Lernen, Phasen von Arbeiten und Lernen, das nicht nur in den klassischen Weiterbildungseinrichtungen und -programmen verwirklicht werden sollte, sondern dem einzelnen auch den freien Zugriff auf eine wissenschaftliche Ausbildung gestattet, die im Ergebnis schließlich noch immer die Teilhabe am "Herrschaftswissen" ermöglicht und damit die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen erweitert.

Diese Ausweitung der Bildungsbeteiligung ist nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft ein Gewinn. Zum einen ist ein hoher Bildungs- und Ausbildungsstand für jeden einzelnen wie für das Beschäftigungssystem insgesamt die qualifikatorische Voraussetzung, den Prozeß der Arbeitsteilung in Produktion und Verwaltung zu überwinden, vielleicht sogar in die Richtung wieder ganzheitlicherer Arbeitsvollzüge umzukehren.

Zum anderen weisen auch die jüngsten qualifikationsspezifischen Untersuchungen zum Arbeitskräftebedarf der Zukunft auf eine sinkende Nachfrage nach unqualifizierten oder niedrigqualifizierten Arbeitnehmern, aber auf einen wachsenden Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal hin. Ein unflexibles Bildungssystem wird auch der wachsenden Nachfrage nach höherer Qualifikation im Europäischen Binnenmarkt nicht gerecht werden.

Dazu kommt schließlich noch die demographische Entwicklung: In den 90er Jahren muß in Deutschland das Beschäftigungssystem - gleichsam als Spätfolge des Geburtenrückgangs - von einer deutlich geringer gewordenen Zahl junger Menschen "bedient" werden. Wenn gleichzeitig die Nachfrage nach qualifizierten Erwerbstätigen steigt, sind erhebliche Anstrengungen in der Weiterbildung der heute bereits erwachsenen Generation erforderlich.

Schließlich sehen viele in den letzten Jahren auch die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems in Gefahr, weil der Trend zum Hochschulstudium ungebrochen anhält. Das letzte Argument mag auch Bundesbildungsminister Ortlieb bewogen haben, neuerdings die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zu betonen. Auch in konservativen Kreisen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die duale Ausbildung von mehr und mehr jungen Leuten als Sackgasse für die künftige Karriere angesehen wird. Ortlieb möchte eine "wettbewerbsfähige Alternative zum Hochschulstudium" anbieten. Er möchte die Diskussion über die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, die bereits in früheren Jahren ohne Ergebnis geführt worden war, wieder in Gang bringen. Jetzt soll darüber nachgedacht werden, in welcher Form die duale Ausbildung zu einer formalen Studienberechtigung führen kann. Man darf gespannt sein, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wird. Sie ist mit Ihrer Zuständigkeit für das Hochschulrahmenrecht nicht ganz zahlos.

Regelungen, die den Prozeß der Anerkennung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung vorantreiben können, haben - mit zwei Ausnahmen - erst in jüngster Zeit Eingang in Landeshochschulgesetze gefunden. Pionierarbeit hat das Land Niedersachsen mit seiner "Befähigungsprüfung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis" geleistet. Seit 1971 haben dort 15.000 Bewerber die Befähigungsprüfung, die zu einer fachgebundenen Fachhochschul- bzw. Hochschulreife führt, bestanden. Pro Jahr werden etwa 500 Bewerber zum Studium zugelassen.

Nordrhein-Westfalen führt seit 1986 sogenannte Einstufungsprüfungen für Berufserfahrene durch und hat damit auch eine gewisse Vorreiterrolle gespielt. Inhaltlich orientiert sich die Prüfung am angestrebten Studiengang und hat deshalb mit den traditionellen Anforderungen des Abiturs gebrochen. Bis 1990 haben von 693 erfolgreichen Prüflingen an den Fachhochschulen 575 ein Studium aufgenommen, an den Universitäten von 128 86. Die Zahl der Zulassungsanträge steigt.

1988 hat Bremen die Initiative zu einer wirklichen Anerkennung der Gleichwertigkeit ergriffen und die Zulassungsprüfung für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, fünfjähriger Erwerbstätigkeit und einer Fortbildung zum Meister, Techniker, Betriebswirt oder einer vergleichbaren Fortbildung abgeschafft. Erst nach einem Probestudium von maximal vier Semestern wird anhand der Studienleistung über die Hochschulreife zum Weiterstudium entschie-

den. Schleswig-Holstein hat sich 1990 dem Bremer Modell weitgehend angeschlossen. Das gilt auch für Hamburg (1991).

Diese ersten echten Reformen zur Verwirklichung des von allen Seiten postulierten Prinzips der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung haben erwartungsgemäß den Widerstand der Konservativen herausgefordert. Das beliebteste Argument ist dabei die Überfüllung der Hochschulen, denen nicht auch noch berufserfahrene Studenten ohne Abitur zugemutet werden könnten. Dabei wird völlig übersehen, daß sich der Zugang von Berufstätigen zahlenmäßig nur in begrenzten Größenordnungen bewegen wird. Es gehört ja immer hin eine ganze Menge Mut dazu, aus dem Berufsleben wieder in eine länger dauernde Phase der Ausbildung umzustelgen. Ein zweites, immer wieder auch von Hochschullehrern angeführtes Argument, ist die angeblich mangelnde Studierfähigkeit der Nichtabiturienten. Dieselbe Anfrage wird allerdings auch an die Studienanfänger mit Abitur gerichtet. Manche Kritiker unter den Hochschullehrern muß sich indes fragen lassen, wie es denn um s eine eigene Qualifikation bestellt ist.

Die Einführung der Zugangsmöglichkeit für Berufserfahrene ohne die übliche Hochschulqualifikation stellt eine - von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet gebliebene - Revolution im klassischen Bildungswesen dar. Alte Vorstellungen und Privilegien werden aufgebrochen, echte Durchlässigkeit zwischen sekundärem und tertiärem Bildungsbereich geschaffen. Zum ersten Mal ist die Forderung nach wirklicher Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung auch praktisch erfüllt worden. Wir brauchen solche Landeshochschulgesetze deshalb auch in den anderen Bundesländern.

Die Bundespolitik muß diese Entwicklung unterstützen. Ein Schritt dazu wäre die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, das um die grundsätzliche Möglichkeit des Probestudiums erweitert werden sollte. Die SPD-Fraktion wird noch in dieser Legislaturperiode dazu im Bundestag die Initiative ergreifen, um Bundesminister Ortlieb auf die Sprünge zu helfen. Dabei werden wir prüfen müssen, wie weit Bundesrecht im einzelnen gehen soll, um den Ländern Raum für spezifische Regelungen zu lassen.

(-/9. Oktober 1991/rs/fr)
